

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d



Inhalt

Horst Peter MdB zur Wahl
von Otto Graf Lambsdorff:
Ein Name, ein Programm,
Seite 1

Dr. Rudolf Schöfberger MdB
zur bayerischen Politik nach
Strauß: Die CSU hat die
Chance, eine ganz normale
demokratische Partei zu wer-
den.
Seite 3

Dieter Rogalla MdEP zu den
Folgen der Aufhebung der
Binnengrenzen: Polizei durch
Zöllner und BGS-Beamte ver-
stärken.
Seite 6

43. Jahrgang / 194

10. Oktober 1988

Ein Name, ein Programm

Zur Wahl von Otto Graf Lambsdorff zum FDP-Vorsitzenden

Von Horst Peter MdB

Die Partei Thomas Dehlers wählte am Wochenende den wg. Steuerhinterziehung verurteilten Graf Lambsdorff, unter anderem Präsident der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e.V., zu ihrem Vorsitzenden. Ein Name, ein Programm. Mit Lambsdorffs Wahl, dem Schutzherrn der Kuponschneider und Steuerhaie, haben die deutschen Liberalen, denen, wenn es ernst wurde, vor Fürstenthronen immer die Knie weich wurden, die nationalliberale Kopulation zwischen Bürger und Junker auch symbolisch vollzogen: ein Junker als Parteivorsitzender der Liberalen - und das 200 Jahre nach der französischen Revolution.

Frau Adam-Schwaetzer, die notgedrungen nach „sozialliberal“ ausweichen mußte, weil niemanden den Graf wirtschaftsliberal überbieten kann - sie war zu wenig Flach, um als sozialliberale Alternative ernstgenommen, und zu flach, um eine wirtschaftsliberale Konkurrenz zu Lambsdorff darzustellen.

Den Delegierten muß deutlich gewesen sein, daß nach Straußens Tod eine rechtsstaatsliberale Maskerade funktionslos wäre. Nach Straußens Tod kann die FDP ihre wirtschaftsliberalen markttextremistischen Interessen nicht mehr hinter rechtsstaatlichen Prinzipien verstecken. Die FDP muß offensiv werden.

Einerseits, weil ohne Strauß der ‚agent provocateur‘ fehlt, andererseits aber auch, weil immer deutlicher wird, daß die Wende in ökonomischer Hinsicht, in der Erfüllung der von ihr geweckten Erwartungshorizonte, längst gescheitert ist. Das hat Lambsdorff im Frühjahr überdeutlich gesagt, als er die Situation mit der des Jahres 1982 - vor der Wende - verglich; und die Kommandobehörden der Wirtschaft die Diskussion über die Attraktivität der Bundesrepublik als Industriestandort anzettelten. Lambsdorff zieht daraus natürlich nicht den Schluß, daß sich seine marktradikalen Konzepte in der Realität blamieren mußten, weil sie ökonomischer Voodoo-Glaube sind; er zieht daraus den Schluß, daß der Erfolg ausblieb, weil sie nicht konsequent genug verfolgt wurden. Die Einschnitte der Wende waren nicht tief genug, sie müssen jetzt noch tiefer werden.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Vertrieben durch
den Verleger Rudolf
Koppenhauer



Ohne Strauß verkürzen sich die Koalitions widersprüche auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik. Einerseits auf das von Strauß und Späth vertretene sozialdemagogische Modell, das auf Mehrheit zielt, industriepolitisch regional gebundene und regional beherrschte große Industriekonglomerate schaffen will - Baden-Württemberg und Bayern -, Staatsinterventionismus und Protektionismus mit paternalistischer Sozialpolitik verbindet, auf Subventionen nicht verzichten kann, andererseits steht Lambsdorff für eine Politik, die auf soziale Ummantelungen verzichtet, wenn ungeschmälert Kapitalinteressen durchgesetzt werden sollen. Ohne Strauß kann und muß die FDP auf die geschwätzig 'herzige' Variante des Wirtschaftsliberalismus Adam-Schwaetzers verzichten.

Auch außenpolitisch haben sich die Faktoren zu Ungunsten der FDP verändert, Strauß hatte sich schon in die Ostpolitik einbinden lassen, Gorbatschow nimmt dem Ost-West-Konflikt die Schärfe, und auch im „Süden“ werden sich die Gegensätze abschwächen. Dem physischen Tod von Strauß folgte just in seiner Todeswoche der politische Tod seines Männerfreundes Pinochet - bleibt das Südafrika seiner Männerfreunde Botha & Botha. Die CSU wird erst einmal genug in Bayern zu tun haben, um mit Gewicht in der Außenpolitik stänkern zu können, fehlen die Themen, die politische Potenz.

So wirkte der letztlich immer nur gescheiterte Politiker Strauß ein letztes Mal nach seinem Tod: als Garant des Erfolges von Lambsdorff. Sein Tod ist das letzte Argument für die Wahl Lambsdorffs, daß die Gewichte zu seinen Gunsten verschoben hat. Strauß jedoch hatte Lambsdorff immer herzlich bekämpft, mitverantwortete Lambsdorff die aus Straußens Sicht sozialliberale Mißwirtschaft, und brachte dieser mit seinem glasklaren Markt extremismus die sozialdemagogische Variante der Wende-Politik in Verruf. Nach Straußens Tod mußte die FDP Lambsdorff anstelle des Schwachmanns Bangemann setzen.

Alle, die nach Straußens Tod meinen, Kohl habe es leichter, 'Genscher', die FDP schwerer, werden sich täuschen. Beide werden es schwerer haben. Für Kohl haben sich die Namen verändert, nicht die Schwierigkeiten.

Kohl muß auskommen mit denen, die Strauß in der CSU nachfolgen wollen, die gemessen an Strauß politische Leichtgewichte sind, die jetzt umso rabiatere auftreten müssen, je weniger sie darstellen, um sich und die Interessen der CSU durchzusetzen. Die Interventionen der CSU werden inflationieren, große Summen geringen Werts.

Kohl muß nun auskommen mit der FDP, für die die Zeiten vorbei sind, in denen sie kommod abwarten konnte, daß Strauß Kohl Knüppel zwischen die Beine wirft, und sich als Kohls kleiner Helfer, der die Knüppel halb wegzuräumen, kaprizierte. Die Zeiten, in denen die FDP Nutzen ziehen konnte aus einer Funktion als moderierende Kraft im Koalitionsgetümmel, sind Vergangenheit. Die neue Kräftekonstellation erfordert Lambsdorff, einen, der Kohl Knüppel zwischen die Beine werfen kann und muß. Lambsdorff tritt das Erbe von Strauß an, nicht das des Schwachmanns Bangemann.

Lambsdorffs Ehrgeiz dürfte auch längst satt befriedigt sein, um nochmals nach einem Platz am Kabinetttisch zu gieren, der ihn zudem behindern würde. Die Einbindung in die Kabinettsdisziplin würde ihn in seiner Funktion für die FDP behindern, auch ist es ihm gleichgültig, wer unter ihm ökonomische „Hausmanns“-Kost im Wirtschaftsministerium anrichtet.

Lambsdorff hat auch genügend machiavellistische Potenz, um glaubwürdig mit der Rück-Wende drohen zu können, weil man ihm abnimmt, er könne es wagen und auch schaffen, der mit dieser Drohung aber das Gegenteil, die verschärfte Gangart des Markt extremismus durchsetzen will. Alle aber, die meinen, Lambsdorff auf seine und Adam-Schwaetzer auf ihre Art seien verschiedene Koalitionswechseleoptionen, fehlt der ökonomische Tiefsinn. Über den Wechsel wird nicht auf dem Parteitag der FDP entschieden. Dem Kapital fehlt Grund und Anlaß für eine neue sozialliberale Koalition. Und so entschieden sich die FDP-Delegierten konsequent. Wenn schon Wende-Politik, dann das bekannte Original, den Wende-Vater, nicht die Tochter.

(-/10.10.1988/vo-he/rs)

* * *

Bayerische Politik nach Strauß

Die CSU hat die Chance, eine ganz normale demokratische Partei zu werden

Von Dr. Rudolf Schöfberger MdB
Landesvorsitzender der SPD Bayern

Der Tod von Franz Josef Strauß beendet mit Sicherheit eine Ära bayerischer Politik. In der CSU, in der bayerischen Politik, im Verhältnis Bayerns zum Bund, wird künftig nichts mehr so sein wie bisher. Daran vermag die mit pompösen Trauerfeierlichkeiten eingeleitete Heiligsprechung des Verstorbenen ebenso wenig zu ändern wie die verzweifelten Versuche der hinterbliebenen CDU-Mediokritäten, die Ära Strauß mit geräuschloser Kontinuität zu verlängern.

Strauß war seit drei Jahrzehnten die herausragende Integrationsfigur der CSU. Auf ihn konnten sich höchst heterogene Kräfte verständigen, von Deutschnationalen über christlich Konservative, High-Tech-Modernisten bis zu Liberalen. Als Ersatzkönig ersetzte er vielen ein verbales Programm. Aus dem Kreise der willfährigen Hofschranzen, die er um sich zu sammeln pflegte, kann keiner seine Rolle übernehmen. Ohne ihn wird die CSU am rechten Rande sehr bald ausfransen. Die rechtsgewirkten „Republikaner“ stehen schon bereit. Auch zur Mitte hin wird die CSU verlieren. Einen monolithischen Block „CSU“ wird es künftig nicht mehr geben. Unter den CSU-Kerntruppen wird Richtungsstreit ausbrechen. Bereits unter Strauß hatte die CSU zwischen 1978 und 1986 um 7,1 Prozent abgenommen, in den Kommunen schwer an Boden verloren, schließlich Mitgliederschwind hinnehmen müssen. Dieser Erosionsprozeß wird sich ohne ihn noch beschleunigen. Das bringt neues Leben in die bayerische Politik, aber auch neue Chancen für konkurrierende Parteien.

Strauß hat seine CSU 27 Jahre lang nicht nur charismatisch sondern auch höchst autoritär geführt und damit einen enormen Rückstau an innerparteilicher Demokratie erzeugt. An der Partebasis genauso wie unter den CSU-Abgeordneten, bei Bürgermeistern und Gemeinderäten ebenso wie in der Jungen Union. Kein Nachfolger, er mag heißen wie er will, wird den Deckel auf diesen Dampfkessel bringen. Das macht sich jetzt sehr bald Luft. Und die CSU hat nun die Mühe aber auch die Chance, ihre vordemokratischen Züge abzulegen und eine ganz normale demokratische Partei zu werden.

Strauß verstand sich erklärtermaßen als Regierung und als Opposition („Wir brauchen keine Opposition; wir machen sie selbst!“). Als begnadeter Populist konnte er gleichzeitig mit den Jägern jagen, mit den Treibern treiben, mit den Gejagten aufheulen und die zur Strecke Gebrachten trösten. So war er gleichwohl Förderer der Brüsselschen Agrarpolitik und Tröster der bayerischen Bauern, Promotor der „größten Steuerreform aller Zeiten“ in Bonn und hierzulande ihr schärfster Kritiker. Dieses grandiose wählertäuschende Doppelspiel wird ihm keiner seiner Epigonen nachmachen. Der weiß-blaue Himmel wird klarer. Die Opposition könnte künftig sogar von der Opposition gemacht werden.

Strauß hat in drei Jahrzehnten aus der facettenreichen Provinzpartei CSU eine machtbewußte und einflußreiche Bundespartei mit weitpolitischem Anspruch gemacht. Er hat die Bundesregierung mit Getreuen bestückt und von München aus täglich bekämpft. Mag sein als „Föderalist“, sicher nicht aus Leidenschaft für die Landespolitik, sondern als Historiker, der wußte, daß sich Bayern an jedweder Zentralgewalt reiben mußte und reiben muß, um etwas zu gelten. Keiner seiner Nachfolger kann das Droh-, Störungs- und Nötigungspotential aufbringen, mit dem Strauß Politik machte. Damit verliert aber die CSU ihre Existenzberechtigung als Bundespartei. Sie könnte bald als faktischer Landesverband der CDU auf die Rolle einer nominal noch selbständigen Provinzpartei zurückfallen. Dies diente wahrscheinlich nicht der Vertretung bayerischer Gesamtinteressen.

Strauß war leidenschaftlicher Außenpolitiker. Der Wams eines Bayerischen Ministerpräsidenten war ihm stets zu eng. Auch wenn er sich in allen wichtigen Fragen der deutschen Außenpolitik

der letzten zwei Jahrzehnte (Ostverträge, UNO-Beitritt, KSZE, Atomwaffensperrevertrag, nukleare Abrüstung) nicht durchsetzen konnte, auch wenn er mit seinen intensiven Kontakten zu Diktatoren dieser Welt immer wieder unangenehm auffiel, so hat er doch Weltformat gehabt. Keiner seiner Nachfolger wird ihm das Wasser reichen können. Die CSU wird ihre außenpolitische Komponente und auch damit einen weiteren Existenznachweis verlieren. Die Hanns-Siedel-Stiftung wird den Nachlaß Straußscher Außenpolitik mehr verwalten, denn weiter gestalten.

Angesichts dieser Bewegungen in der CSU, in der bayerischen Politik und im Verhältnis Bayerns zum Bund blüht der Weizen für die bayerische SPD noch lange nicht von selbst. Wohl werden die Chancen, daß es auch in Bayern ein demokratisches Wechselspiel und schließlich eine Abwechslung zwischen Regierung und Opposition gibt, jetzt wesentlich größer. Aber wir Sozialdemokraten müssen diese Chancen auch erst noch nutzen. Der jähe Abgang von Strauß bringt uns Sozialdemokraten eher mehr Arbeit denn weniger.

Wir warten darauf, wie die CSU ihr personelles Angebot präsentiert, ob sie versucht, den starken Mann etwa durch einen milden und freundlichen Prinzregenten zu ersetzen, oder künftig im Team vorgehen will. Darauf stellen wir uns ein.

Wir müssen wissen, ob die erneuerte CSU nach wie vor der zutiefst unbayerischen Illiberalität frönt und brachial den Atomstaat anstrebt - oder ob es hier eine Umkehr zum Besseren gibt. Je nachdem stellen wir uns auf Konfrontation oder auf Wettbewerb um die besseren Ideen ein.

Ob in Konfrontation zur CSU oder im gesprächsfreudigen Wettbewerb mit der CSU unter Ein-schluß von demokratischen Kompromissen, wir Sozialdemokraten wollen die personenfixierte Politik der Strauß-Ära durch eine themenorientierte Politik der alternativen Vernunft zurückdrängen.

Die Problemstellungen der bayerischen Politik bis zum Ende des Jahrhunderts heißen:

- Mit welcher Strukturpolitik und Landesplanung können wir in allen Teilen Bayerns aber auch für Männer und Frauen gleichwertige Lebensbedingungen schaffen?

- Wie können wir aus dem technologischen Fortschritt Straußscher Philosophie einen humanen Fortschritt für alle Bürgerinnen und Bürger machen, nicht daß die Reichen immer reicher und die Arbeitnehmer immer arbeitsloser, der Waffenhandel immer schwunghafter und der Frieden immer bedrohter, der Verbrauch immer luxuriöser, die Natur jedoch immer zerstört wird?
- Wie schaffen wir eine sichere, sozial und ökologisch verträgliche Energieversorgung ohne lebens- und gesundheitsgefährdende Atomenergienutzung?
- Wie können wir allen Arbeit schaffen und erhalten, die ein Arbeitseinkommen brauchen, um leben zu können?
- Wie ordnen wir unsere Landwirtschaft unter ökonomischen, ökologischen, sozialen und kulturellen Kriterien so, daß die Bauern und ihre Familien leben, die Natur unbeschadet überleben, die Verbraucher gesund und preiswert essen und die Milliarden für Überproduktion und Lebensmittelvernichtung eingespart werden können?
- Was muß geschehen, damit der unter der vergangenen Ära geschundenen Liberalitas bavariae in der Innen- und Rechtspolitik wieder gedient und die Freiheit Andersdenkender wieder garantiert wird?
- Wie muß eine Bildungspolitik aussehen, wie eine Kulturpolitik, die junge Menschen emanzipiert statt sie zu willigen Sklaven alter und neuer Technologien zu verformen?
- Wie können wir die in Bayern konzentrierte Rüstungsindustrie in friedensfördernde Industrie umbauen?
- Wie können wir neben Raumfahrt und Air-Bus auch noch für eine Verbesserung der musealen Verkehrsverhältnisse auf Erden sorgen?

Wenn diese Probleme sehr bald im demokratischen Wettbewerb angegangen und gelöst werden, dann hat die Ära Strauß nicht nur ein personelles, sondern auch ein politisches Ende gefunden. Dann mag die Kanonisierung und heiligmäßige Verehrung eines ohne Zweifel bedeutenden Mannes unseretwegen gerne ihren bajuwarischen Verlauf nehmen. (-/10.10.1988/vo-he/rs)

Die Polizei durch Zöllner und BGS-Beamte verstärken

Zu den Folgen der Aufhebung der Binnengrenzen

Von Dieter Rogalla MdEP

Die berechtigte Erwartung der Polizeigewerkschaft auf Verstärkung im Kampf gegen Kriminalität und Terrorismus wird nach Feststellung der SPD-Europaabgeordneten kaum durch Neueinstellungen, sondern in erster Linie nur durch Strukturveränderungen und Anpassung veralteter Personalvorschriften erfüllt werden.

Anders gesagt: Neue Stellen wird es kaum und muß es auch nicht geben. Die Verstärkung wird durch Versetzungen und Übernahme von entbehrlich gewordenen Zöllnern und Bundesgrenzschutzbeamten an den Binnengrenzen erfolgen.

Ich beziehe mich mit diesen Feststellungen auch auf die neuerlichen Warnungen von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann und der Konferenz der Innenminister.

An unseren europäischen Binnengrenzen sind fünf- bis siebentausend gut ausgebildete Beamte sofort für neue Aufgaben der inneren Sicherheit verfügbar. Die meisten von ihnen brauchten bei einer Funktionsänderung nicht einmal umzuziehen oder ihre familiäre Situation zu verändern. Lediglich Gesetze und Rechtsvorschriften, die ihre rechtliche Lage betreffen, müßten flexibler gestaltet und der neuen europäischen Lage angepaßt werden. Da mauert zur Zeit vor allem das Bonner Innenministerium.

Mit Genugtuung habe ich registriert, daß Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg dieses Prinzip erkannt hat. Es ist zwar von der Sache her töricht, für ein sogenanntes Quellensteueramt eine Behörde von zunächst rund 500 Beamten aufzubauen. Aber, daß Stoltenberg dafür 380 umgesetzte Zollbeamte vorsieht, zeigt europäischen Realitätssinn, für den er sich allerdings geeignetere Objekte suchen sollte.

(-/10.10.1988/vo-he/rs)

* * *